



Direktdemokratische Instrumente kennen und wirksam nutzen

**Eine Übersicht
über föderative und direktdemokratische Mittel,
ihre Ausgestaltung und Wirkung**

Workshop im Rahmen des Kongresses „Reclaim Democracy“

4. Februar 2017

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD

1. Politische Strukturen in der Schweiz

Bundesstaat

- Bundesstaat seit 1848
- Direkte Demokratie
- Föderalistische Strukturen
- 3 Ebenen: Bund – 26 Kantone – 2294 Gemeinden – je mit weitreichenden Kompetenzen und eigenem Budget / eigenen Steuereinnahmen
- Bundesverfassung, Gesetze und Verordnungen
- Trennung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative
- Milizsystem

Souverän

- Volk ist oberste politische Instanz
- SchweizerInnen ab 18
- AusländerInnen und Kinder und Jugendliche unter 18 haben wenig politische Rechte

Bund (Eidgenossenschaft)

- Bundesrat als Exekutive
 - Je VorsteherIn eines Departementes
 - BundespräsidentIn keine zusätzliche Macht – nur Sitzungsleitung und Repräsentationsfunktionen
 - Konkordanz
- Nationalrat (200) + Ständerat (46) als Legislative mit gesetzgeberischer Kompetenz und Wahl Bundesrat
- Bundesgericht als Judikative

- Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
 - Vorsteher BR Didier Burkhalter
- Eidg. Departement des Innern EDI
 - Vorsteher BR Alain Berset
- Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
 - Vorsteherin BR Simonetta Sommaruga
- Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS
 - Vorsteher BR Guy Parmelin
- Eidg. Finanzdepartement EFD
 - Vorsteher BR Ueli Maurer
- Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
 - Vorsteher BR Johann Schneider-Ammann
- Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
 - Vorsteherin BR Doris Leuthard
- Die Bundesverwaltung ist ausführend

Kantone

- Regierungsrat als Exekutive
- Kantonsrat (Landrat) als Legislative
- Kantonsverfassung, Gesetze und Verordnungen
- Interkantonale Vereinbarungen (bspw. Harnos, Stipendien)
- Kantonale Gerichte

Kanton Zürich:

- Direktion der Justiz und des Innern
 - Vorsteherin RR Jacqueline Fehr
- Sicherheitsdirektion
 - Vorsteher RR Mario Fehr

- Finanzdirektion
 - Vorsteher RR Ernst Stocker
- Volkswirtschaftsdirektion
 - Vorsteherin RR Carmen Walker-Späh
- Gesundheitsdirektion
 - Vorsteher RR Thomas Heiniger
- Bildungsdirektion
 - Vorsteherin Silvia Steiner
- Baudirektion
 - Vorsteher Markus Kägi
- Die kantonale Verwaltung ist ausführend

Gemeinden ohne Parlament

Politische Gemeinde:

- Gemeinderat als Exekutive
- Gemeindeversammlung als Legislative (direkte Demokratie)

Oft: Schulgemeinde:

- Schulpflege als Exekutive
- Schulgemeindeversammlung als Legislative
- Ausführend ist die Gemeinde-, bzw. die Schulverwaltung

Bürgergemeinde:

- BürgerInnen der Gemeinde
- Sind für Einbürgerungen und Einbürgerungsrichtlinien der Gemeinde zuständig!

Gemeinden und Städte mit Parlament

- Stadtrat, bzw. Gemeinderat als Exekutive
- (Grosser) Gemeinderat als Legislative
- Schulpräsidien und Schulpflegen
- Ev. Bürgerliche Abteilung des Gemeinderates (zuständig für Einbürgerungen und städtische Einbürgerungsrichtlinien)
- Ausführend ist die städtische, bzw. Gemeindeverwaltung

Gemeinden und Städte kennen verschiedene **Kommissionen** und **Behörden** wie

- Sozialkommission (zuständig u.a. für Sozialhilfe, ev. für den Asylbereich etc.)
- Kulturkommission
- Jugendkommission
- Mit unterschiedlichen Kompetenzen

Gemeinden und Städte kennen **interkommunale Vereinbarungen** und **Zweckverbände**

- Bspw. für Sozialdienst, KESB, Kehrichtverbrennung, Spital
- Mit unterschiedlichen Kompetenzen

Neben den politisch Verantwortlichen agieren verschiedene **AkteurInnen** auf allen Ebenen – mit unterschiedlichem Einfluss:

- InteressensvertreterInnen von Gewerbe, Dienstleistung und Industrie
- Gewerkschaften / Verbände
- Parteien
- Nichtregierungsorganisationen
 - Soziale, Gesundheits- Umwelt, Kulturorganisationen etc.
- Kirchen
- Bauern und Bäuerinnen
- Bildungsinstitutionen

- AusländerInnenorganisationen
- Quartier- und andere Vereine
- BewohnerInnen (SchweizerInnen und AusländerInnen)
- Kinder und Jugendliche
- Medien als „separate“ Macht!

2. Partizipationsmöglichkeiten

2.1. Traditionelle Partizipationsmöglichkeiten

SchweizerInnen:

- Wahlrecht:
 - Wählen und gewählt werden
 - Volk wählt auf allen Ebenen Regierung und Parlament (ausser Bundesrat)
 - Jede/r BürgerIn kann sich zur Wahl aufstellen lassen (ausser Bundesrat)
 - Wahlperiode 4 Jahre
- Stimmrecht:
 - Verfassungs- oder Gesetzesänderungen, Kreditvorlagen etc.
 - 4x jährlich Abstimmungstermine auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene
- Initiative
 - Für einen neuen Verfassungsartikel
 - National (100'000 Unterschriften innert 18 Monaten)
 - Kantonal (Kanton Zürich 6'000 Unterschriften innert 6 Monaten)
 - Kommunal (Stadt Zürich 3'000 Unterschriften innert 6 Monaten)
- Referendum
 - Gegen ein Gesetz, bzw. Vorlage
 - National (50'000 Unterschriften innert 6 Monaten)
 - Kantonal (Kanton Zürich 3'000 Unterschriften innert 60 Tagen)
 - Kantonsratsreferendum = 45 Mitglieder
 - Kommunal (Stadt Zürich 2'000 Unterschriften innert 30 Tagen)
- Einzelinitiative

AusländerInnen-Stimm- und Wahlrecht:

- Auf kantonaler Ebene in den Kantonen Jura und Neuenburg
- Auf Gemeindeebene in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Basel Stadt, Freiburg, Genf, Graubünden, Jura, Neuenburg und Vaud – zugelassen oder vorgeschrieben

SchweizerInnen + AusländerInnen – teilweise Kinder und Jugendliche:

- Petition
- Anfrage:
 - Bei Gemeinde- oder Stadtrat, Regierungsrat, Bundesrat
 - Bei der Verwaltung (aller Ebenen)
- Demonstrations- und Versammlungsrecht
- Streikrecht
- Recht auf Gründung eines Vereins oder Organisation
- Als Organisation / Institution: Vernehmlassung
- Einladen zu (öffentlichen) Veranstaltungen
- Lobbying

Parlamentsmitglieder:

- (Dringliche) Motion
- Leistungsmotion

- Parlamentarische Initiative
- (Dringliches) Postulat
- (Dringliche) Interpellation
- (Dringliche) Anfrage
- Arbeit in den ständigen Kommissionen
- Behördenreferendum
- *Vorstoss oft auf Anstoss von aussen!*

Juristischer Weg:

- Rekurs
 1. Stadt / Gemeinde
 2. Regierungsrat
 3. Verwaltungsgericht
 4. Bundesgericht

2.2. Neue Partizipationsmöglichkeiten

Gemeinwesen-Entwicklung als Beispiel:

Viele Menschen sind interessiert, ihre nächste Umgebung mitzugestalten oder in Probleme einbezogen zu werden, die sie betreffen. Dazu gibt es mehr als die traditionellen politischen Mittel. Nachfolgend verschiedene neue Methoden, um Wünsche von verschiedenen InteressensvertreterInnen einbringen zu können. Sie bieten die grosse Chance, dass neue (Gross-)Projekte von allen Seiten getragen werden:

- Kooperative Planung
Planungsverfahren unter Einbezug der Regierung, der Verwaltung, der GrundeigentümerInnen (und der Bevölkerung)
- Runder Tisch
- Zukunftskonferenz
- Zukunftswerkstatt
- Konsenskonferenz
- Open Space
- Breite Oeffentlichkeitsarbeit (von Medienarbeit, inkl. Social media bis Informationsveranstaltungen)
- Arbeits- und Projektgruppen

Grenzen / Möglichkeiten:

- Kompetenzen
- Politischer Beschluss
- Einbezug aller AkteurInnen-Gruppen
- Schlüsselpersonen

2.3 Lobbyarbeit

- Zentral und effektiv!
- Wird auf allen Ebenen gemacht
- Die effektivste Lobbyarbeit ist die ‚persönliche Bearbeitung‘!
- Schlüsselpersonen kennen (persönlich)
- PolitikerInnen kennen (persönlich)
- In Wandelhalle präsent sein
- Medien pflegen – persönlich und regelmässig
- PR-Kampagnen / ev. Aktionen
- Öffentliche Veranstaltungen organisieren
- Social media-Kampagnen

- Eingaben / Anfragen schreiben:
 - Stadtrat, Regierungsrat, Bundesrat
 - Verwaltung aller 3 Ebenen
 - ParlamentarierInnen aller 3 Ebenen – einzeln, sektoriell oder Gesamtrat

Tipps für persönliche Kontakte:

- Versuchen, in Sichtweise des Gegenübers einzudenken
- Gut vorbereitet sein – wohlüberlegte Worte – adäquater Auftritt
- Gutes Fachwissen
- Fakten, Zahlen vorbereitet haben (schriftlich – mit Kurzvariante und ausführlicheren Hintergrundinformationen)

2.4 Kinder- und Jugendpartizipation

- Die Schweiz hat die UNO-Konvention der Kinderrechte ratifiziert
- Verpflichtung, auf allen Ebenen direkte Kinder- und Jugendpartizipation einzuführen
- Einbezug und Mitbestimmung in allen Bereichen, die Kinder und Jugendliche betreffen
- Noch sehr bescheidene Umsetzung
- Teilweise Jugendparlamente, häufig nur Debattierclubs, teilweise mit eigenen Budgets, selten mit Antragsrecht an die politisch Verantwortlichen
 - Vorbildlich: Stadt Luzern verankert in der Gemeindeordnung inkl. Budgetkompetenz und Antragsrecht
- Wichtig sind kinder- und jugendgerechte Formen wie Kinder- und Jugendparlamente, Sprechstunden, Kinderdetektive, Rundgänge etc. – verbindlich, transparent und mit klarem zeitlichen Rahmen